



WARUM WIR UNS MIT EUROPA SO SCHWERTUN

Europa der Religionen und die Rolle des Christentums

Wie sich in der Geschichte häufig aufzeigen lässt, führen Krisensituationen und Frustrationen zum Phänomen der Sündenböcke. Im Fall des zeitgenössischen Europas handelt es sich dabei um die Flüchtlinge beziehungsweise Immigranten. Es wird gefürchtet, dass sie das Recht und die Identität der Europäer gefährden. Man beansprucht ein Recht der Eigentümer über das eigene Land, den eigenen Kontinent. Der Fremde wird als gefährlich wahrgenommen.

Aus diesen Elementen lassen sich auch die Baustellen für das Christentum, als Theologie und Kirche, benennen: Es geht um Gerechtigkeit, um Identität und Umgang mit dem fernen Nächsten, der anders ist und plötzlich nahe kommt. Natürlich werde ich diese Baustellen in diesem Vortrag nicht ausführen können, ich möchte sie nur anschnitten, und zwar indirekt, mit dem Motiv der Nächstenliebe.

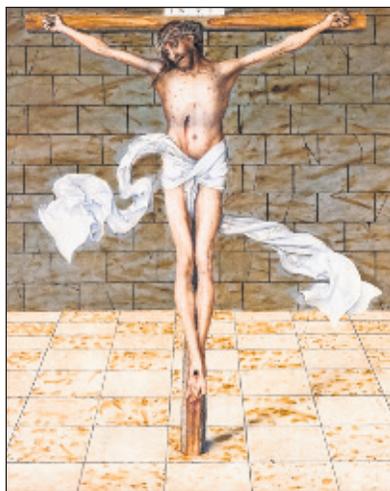
Das Motiv der Nächstenliebe scheint zu den kulturellen Banalitäten zu gehören. Ein Kollege sagte bei einem Vortrag, dieses Motiv sei kaum noch in der zeitgenössischen Gesellschaft relevant, insofern es zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. In Anbetracht der Reaktionen auf die Flüchtlinge scheint diese Aussage plötzlich verjährt zu sein. Es stellt sich die Frage, inwiefern dieses ethische Motiv einen spirituellen Hintergrund benötigt.

Das Gebot der Nächstenliebe entspricht nicht einem einfachen „seid nett zueinander“. Der Kontext ist gelittenes Böses. In Anbetracht von erlebtem Übel kann ich mich rächen, kann nachtragen und auf die passende Gelegenheit warten, um das Übel zu vergelten, und ich kann „auf mich nehmen“. Als Alternative kann Nächstenliebe nur funktionie-

ren vor dem Hintergrund des Vorwurfs. Der Vorwurf ist eine Art, das Übel zu versprachlichen. Dabei wird das Übel nicht verneint, es wird damit gemeinsam umgegangen.

In diesem Fall geht es um eine besondere Form des Übels, nämlich die Sünde. Genuin ist Sünde Gewalt, seine subtilste Form ist die Lüge. Jedenfalls geht es um den Bruch der Kommunikation. Gegen die Gewalt lässt sich nicht mit noch mehr Gewalt ringen. Wir beobachten zurzeit eine wachsende Gewalt in unserer Gesellschaft sowohl auf der Seite der Islamisten wie auf der Seite der extremen Rechten.

Hier gilt es nicht, zu zeigen, dass wir mehr Muskeln haben, sondern mehr Hirn. Hirn heißt in diesem Fall Wahrnehmungsfähigkeit des anderen, und insofern ist das Hirn geleitet durch das Herz. Dass damit ein Monopol der legitimen Gewalt einhergehen muss, sei damit nicht bestritten. Aber das Wesentliche besteht darin, den Konflikt zu überwinden, indem ein Zusammenleben ermöglicht wird.



Das Kreuz: Bestreitung jeder triumphalistischen Identität. (Foto: epd)

Dies geschieht durch Sprache jenseits der Gewalt, die die Möglichkeit gibt, von der Gewalt zu reden. Diese Möglichkeit erleben wir als geschenkt, geschenkt durch „das Lamm Gottes, das die Sünde der Menschen trägt“. Im Deutschen reden Sie vom „Tragen“, im Französischen wird von „Weg-tun“ gesprochen. Beide Übersetzungen stimmen. Sünde lässt sich wegtun, aufheben, nur indem sie getragen wird, indem sie in der eigenen Identität wahrgenommen und gestanden wird. Im Grunde genommen geht es in der klassischen christologischen Formulierung um dieses „Wegtragen“: Zum Erleiden des Übels musste Christus Mensch sein. Um es zu überwinden, musste er Gott sein.

Andere Formen des Übels sind die Sterblichkeit und das Leiden. Auch hier geht es darum, diese Formen als etwas Eigenes wahrzunehmen und zu gestehen. Sterblichkeit steht allgemein für die Begrenztheit und Gebrechlichkeit des Menschseins.

Insbesondere der Theologe der Diakonie, Ulrich Bach, hat darauf aufmerksam gemacht: Solange die Gebrechlichkeit nur am Rande in der gelebten Welt vorkommt, in Verbindung mit behinderten Menschen zum Beispiel, wird ständig der Einwand hochkommen, Diakonie beziehungsweise Nächstenliebe kostet uns zu viel. Das können wir uns als Gesellschaft nicht leisten.

Hier ist an die Argumentation des Deuteronomiums zu verweisen. Bei jedem sozialen Gebot verweist es Israel auf seine eigene Identität als Hebräer: Der Hebräer ist Nomade, da er kein Land besitzt, er ist ein Immigrant und Flüchtling aus Ägypten, und seine Verlobungszeit mit Gott hat seinen Ort in der Wüste. Unsicherheit und Mangel gehören zu

IN DIESER AUSGABE:

Die politische Dimension der Debatten über den Islam

Kritik am transatlantischen Freihandelsabkommen

seiner eigenen Identität. Allein auf diese Weise entsteht die Möglichkeit, dem Nächsten geschwisterlich zu begegnen, insofern man sich seiner eigenen Gebrechlichkeit bewusst ist. Auch unsere Identität als Europäer besteht nicht darin, seit ewig eingeboren zu sein; wir sind alle Nachkommen von Vertriebenen, Flüchtlingen, Migranten. Genauso gehört die Gebrechlichkeit zu unserer Identität: Lediglich die Hälfte unserer Existenz sind wir wirklich selbstständig. Ansonsten sind wir auf andere angewiesen.

Zentral für die christliche Identität ist das Kreuz. Das Kreuz bestreitet jede triumphalistische Identität. Die Merkmale unserer kulturellen Identitäten, wie das Gesetz im Judentum und die Weisheit im Griechentum, werden gekreuzigt, also in ihrer Gültigkeit vor Gott relativiert. Das gilt auch für die eigene Identität, etwa als leistungsfähige Führungskraft oder als Konsument, der seine Identität durch Statussymbole sichert. Aber mit dem Kreuz wird eine andere Identität angeboten, die durch Sterblichkeit, Sündhaftigkeit und Leidensfähigkeit gekennzeichnet ist. Diese Identität geht nicht einher mit Ausgrenzung. Durch die Integration der Negativität wird Solidarität mit allen Menschen ermöglicht als Menschsein mit seinen Grenzen, als Geschöpf vor Gott, der jeden liebt, wie er ist, und die Möglichkeit schenkt, auf die Merkmale der eigenen Exzellenz zu verzichten – oder diese schmunzelnd zu betrachten.

Fritz Lienhard,
Universität Heidelberg

➤ Auszüge aus einem Vortrag bei der Veranstaltung „Die Europäische Idee: Götterfunke oder Sternentaub?“ am 5. Oktober 2016 in Kaiserslautern.

EDITORIAL

Als Barack Obama im November 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, stand die Welt kopf. Vor Begeisterung. In Berlin jubelten ihm schon während seines Wahlkampfes Hunderttausende zu. 90 Prozent der Deutschen hätten ihm ihre Stimme gegeben, wenn sie hätten wählen dürfen. Die großen globalen Fragen von Klimaschutz und Abrüstung, die Spannungen zwischen der NATO und Russland, der Nahostkonflikt, Rassismus und Ungleichheit in den USA – alles schien plötzlich lösbar. Und nicht einmal ein Jahr nach seiner Wahl erhielt Barack Obama den Friedensnobelpreis. Was für ein Präsident. „Yes We Can“, war sein Wahlspruch, der unverkennbar auch Angela Merkel inspirierte mit ihrer Botschaft: „Wir schaffen das!“

Der Kontrast zu den Stimmungslagen am Morgen nach der Wahl von Donald Trump könnte krasser nicht sein: fast überall Entsetzen, Verunsicherung, Schockstarre und Ratlosigkeit. Dass Amerika unter Donald Trump unkalkulierbarer und Europa stärker auf sich selbst gestellt sein wird, erscheint sehr wahrscheinlich. Was aber Trumps Präsidentschaft für Amerika und für die Welt genau bedeuten wird, lässt sich noch kaum seriös abschätzen. Was sich abzeichnet ist, dass sich die autoritären, nationalistischen und rassistischen Kräfte in Europa und in Deutschland von Donald Trump ermutigt fühlen. Ob das alles in einen einheitlichen Trend mündet, bleibt abzuwarten.

Die Evangelische Akademie wird sich im Rahmen der Landauer Akademiegespräche intensiv mit den USA beschäftigen. Wir werden aber



Akademiedirektor Christoph Picker.

auch um sorgfältige Diagnosen der Demokratie in Deutschland und in Europa nicht herumkommen. Was Trump von seinen Versprechungen und Drohungen umsetzen wird, ist noch nicht entschieden. Aber die Hoffnung, dass alles schon nicht so schlimm werden wird wie angekündigt, ist trügerisch. Gibt es eine spezifisch christliche Antwort auf Donald Trump? Wenn es darum geht, auf Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltfantasien, Hass und Lügen zu reagieren, kann die Antwort nur heißen: „Nicht mit uns!“ Gewissen und Hirn einschalten. Gegebenenfalls die Gefolgschaft verweigern – und sich an das zivilisierte Amerika halten: das Mutterland der Demokratie, das Land der religiösen Freiheit, God's Own Country. Wie jedes Land dieser Erde.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Für die Junge Akademie kommt ein Neuer: Der Mannheimer Medienwissenschaftler Felix Kirschbacher wird wissenschaftlicher Studienleiter für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Ab Januar 2017 ist er zuständig für die Programmlinie „Junge Akademie. Ethik auf den Punkt gebracht“. Der Vorgänger Jan Hendrik Quandt hat die Akademie im Oktober verlassen. Nach fünf Jahren Aufbauarbeit im Blick auf den wirtschaftsethischen Schwerpunkt der Jungen Akademie zog es ihn in den Norden nach Hamburg. Seine Erfahrungen wird er künftig bei der Bundesanstalt für Arbeit einbringen – bei der Führung und Ausbildung von Beraterteams.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, E-Mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

REFORMATION – INTERRELIGIÖS

Als wissenschaftlicher Studienleiter für „Religionen und Interkulturalität“ ist Georg Wenz ein renommierter Fachmann für Fragen des interreligiösen Gesprächs. In seiner Kolumne treibt ihn die Frage um, ob die Einschätzung, dass Religionen zum Unfrieden in der Welt beitragen, das letzte Wort haben muss. Dagegen macht er das Erbe der Reformation stark für eine andere, versöhnende Rolle der Religionen.

Vor 45 Jahren erschien John Lennons Hymne „Imagine“. Er sang von einer Welt ohne Nationalismus, Eigentum und – Religion. Frieden, so die Botschaft, hänge nicht vom Glauben an das Jenseits, an Himmel und Hölle ab, sondern von einem solidarischen Zusammenleben im Hier und Jetzt. Dieses würde mit der Gier auch den Hunger überwinden. Der Einen Welt stünde nichts mehr im Weg. Lennon entledigte damit das Utopische, das Paradies als Sehnsuchts- und Hoffnungsort einer besseren Welt, seiner metaphysischen Distanz. Kosmopolitismus und Gerechtigkeitsvision vermengen sich bei ihm zu einer irdisch-globalen Melange. Religion als Gruppenidentitäts- und damit Trennungsfaktor konnte darin keine Zukunft haben.

Nimmt man die Meldungen des Jahres zusammen, in denen Religion als Teil eines Konflikts in Erscheinung trat, dann zieht sich eine Blutspur quer über die Welt. Menschen wurden, während sie Gottesdienst feierten, ermordet, wegen ihres Glaubens vertrieben, entführt, versklavt, gequält. Selbsternannte „Gotteskrieger“ löschten willkürlich Leben aus. Hatte Lennon Recht? Ist Religion die Triebfeder für Ungerechtigkeit, Hass und Verblendung? Der Schluss legt sich nahe.

Schaut man sich die Verfolgung von religiösen Minderheiten weltweit an, so wird jedoch deutlich, dass auch das Thema religiös motivierte Gewalt Teil eines komplexeren Gebildes ist. Viele Faktoren spielen eine Rolle: Verteilungskämpfe, Ressourcen, Homogenisierungsfantasien, politische Machtansprüche, Geld. Religion reiht sich als Banner ein in die todbringenden Triebkräfte. Entlastet dies Religion?

Eher nicht. Zu fragen ist, wieso gerade ihrer Stimme seit Jahrtausenden Heerscharen von Mördern, Brandstiftern, Vergewaltigern folgen oder in ihrem Gefolge zu solchen werden. Ist es der absolute Geltungsanspruch einer Religion, angesichts dessen jede abweichende Überzeugung als letztlich zu eliminierende Bedrohung empfunden werden muss? Ist es der Nachklang eines archaischen Opferkultes, der noch immer im Innersten von Religionen nach Blut schreit? Ist es der Sirenen-

gesang einer Paradiesverheißung, der der irdischen Unzufriedenheit einen verführerischen Kontrapunkt setzt? Ist es die „selbst verschuldete Unmündigkeit“ (Kant), deren Überwindung der Mensch mehr fürchtet, als zum Monster zu werden? Ist es die Unfähigkeit, kulturelle Prägungen und Globalität zu vereinen?

Seit Jahren flicht sich die Rede von der „Wiederkehr der Religion“ in den Säkularisierungsdiskurs ein. Mit Genugtuung ließe sie sich anführen, um die öffentliche Bedeutung von Religion gegenüber einer enteelten ökonomisierten Welt herauszustreichen. Doch weder trat der prognostizierte mystische Schub ein noch fand das theologische Ringen um zeitgemäße Ausdrucksformen Zulauf. Im Gegenteil: Eine ganz andere religiöse Variante bahnt sich ihren Weg. Sie ist rationalitätsverweigernd, diskriminierend und sucht den Schulterchluss mit Nationalisten. An die Stelle von Selbstreflexion und Dialog treten Überlegenheitsphrasen und Abschottung. Also doch Lennons „no religion, too“?

Nein. Aber die befreiende und versöhnende Seite in den Religionen muss etwas riskieren, den Entwicklungen entgegentreten. Lennons zitierte Visionen von Frieden und Gerechtigkeit sind religiösen Ursprungs. Religionen stehen für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“. Aus ihnen speisen sich soziales Engagement, Schutz für Verfolgte, Bildungsoffensiven. Neben der Kraft des Ritus und des seelsorglichen Trostes dürfte ihre größte Stärke in ihrer Wortmächtigkeit liegen. Diese gilt es im Reformationsjahr ertönen zu lassen. Das reformatorische Erbe fordert alle Religionen heraus, mit klarer Botschaft dem Boom der „postfaktischen“ Verschwörungstheorien und seinem demokratiefeindlichen autoritären Unterbau zu begegnen: argumentativ, beständig, unerschrocken, entlarvend – auch nach innen und in der Auseinandersetzung mit anderen Religionen. Fänden die Religionen gemeinsam deutliche Worte, so gewänne die ökumenische Maxime der „Einheit in Verschiedenheit“ eine neue Gestalt. „Imagine“, diese überwände Fundamentalismen. „You may say I'm a dreamer ...“ *Georg Wenz*

An die Stelle von Selbstreflexion und Dialog treten Überlegenheitsphrasen und Abschottung.

MUTIG VORANSCHREITEN

Warum ist der Protest der Protestanten heute verstummt?

In den späten 1970er und 1980er Jahren entfaltete der Protestantismus ein beträchtliches Protestpotenzial. Die Evangelischen Kirchentage nach 1979 wurden zu regelrechten Friedenskundgebungen. Außerdem waren protestantische Pfarrer herausragende Akteure auf den großen Friedensdemonstrationen zwischen 1981 und 1983. Daneben gab es eindrucksvolle Proteste gegen die Verstrickung ins südafrikanische Apartheid-System sowie gegen die Politik der internationalen Finanzinstitutionen in der Schuldenkrise der späten 1980er Jahre.

Heute würde niemand auf die Idee kommen, evangelische Kirchentage als Protestveranstaltungen zu bezeichnen. Vielmehr trifft sich dort das protestantische Establishment, und man versichert sich gegenseitig, zu den Guten zu gehören. Man ist genderkorrekt, klimabewusst und sozial gerecht, aber nur noch bedingt friedensbewegt, denn früher gab es den Ost-West-Konflikt, heute dagegen „failed states“ und den IS. Der „Spiegel“ schrieb nach dem letzten Kirchentag, die Grünen hätten die Protestanten fest im Griff. Das lässt sich an den Themen, die ich gerade genannt habe, ziemlich gut nachvollziehen; aber damit ist der Protestantismus heute ebenso wenig eine aufmüpfige Religion wie die Grünen eine aufmüpfige Partei sind.

Wie wenig von der Rebellionsfreude früherer Jahre übrig geblieben ist, kann man sich an einem aktuellen Beispiel klarmachen: Die von Griechenland eingeforderten Reformen sind die gleichen, die in der Schuldenkrise der 1980er Jahre von nahezu allen lateinamerikanischen Ländern gefordert wurden. Damals liefen die Dritte-Welt-Gruppen der Kirchen (die fast alle ökumenisch waren) Sturm gegen die Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mit dem Argument, dass diese den verarmten Bevölkerungsschichten der Schuldnerländer jede Lebensperspektive raubten. Heute werden die gleichen Zustände aus Griechenland gemeldet, aber dennoch finden griechische Rentner und Arbeitslose kaum Fürsprecher innerhalb des deutschen Protestantismus. Man hat sich nach zwei Jahrzehnten Neoliberalismus, der auch in den eigenen Reformprozessen zum Leitbild wurde, daran gewöhnt und sogar verinnerlicht, dass Rentenkürzungen und Mehrwertsteuererhöhung die üblichen Mittel der als alternativlos geltenden Sparpolitik sind. Aus den Kirchen erhebt sich kein Protest mehr, weil es aus dem Bewusstsein gefallen zu sein scheint, dass eine Mehrwertsteuererhöhung den Reichen egal sein kann, für die Armen aber zur Katastrophe wird.

Warum also kommen aus dem Protestantismus heute so wenige Impulse für innergesellschaftlichen Protest? Es ist das Fehlen von sozialen Bewegungen, die zum Träger



Hannover 1983: Friedensdemonstration auf dem Evangelischen Kirchentag. (Foto: epd)

von Protest werden können und deren Forderungen sich aus der Perspektive evangelischen Christseins als richtig und gerecht erweisen. Die Friedensbewegung und die Dritte-Welt-Bewegung waren nicht einfach Protestbewegungen, die das Demonstrieren gegen etwas zum einzigen Inhalt erhoben haben. Sie waren vielmehr Gegenbewegungen, die Alternativen aufzeigten und diese auch inhaltlich begründen konnten; diese Begründungen waren auf wissenschaftlichem Weg erarbeitet und mit dem Anspruch vorgetragen, wahrheitsfähig zu sein. Für die evangelischen Kirchen bedeutete dies, dass die Inhalte, für die diese sozialen Bewegungen kämpften, Gegenstand der theologischen Ethik werden konnten, denn sie waren Ergebnis einer rationalen Auseinandersetzung.

Das ist ein entscheidender Unterschied zwischen den Bewegungen damals und den „Wutbürgern“ heute. Wer seinen Protest nur mit Wut begründet, braucht keine rationale Auseinandersetzung zu suchen. Obwohl viele Wutbürger evangelischer Konfession sind, sollten sich die evangelischen Kirchen mit dieser Art von Protest nicht gemein machen.

Ein Blick auf die Geschichte des Protestantismus kann helfen, dessen gegenwärtiges Protestpotenzial et-

was deutlicher zu fassen: Der Protestantismus ist am Anfang die Religion derer, die um der Freiheit ihres Gewissens willen bereit sind, zu Dissidenten zu werden. Das betraf Martin Luther und die anderen Reformatoren, aber auch die Fürsten auf dem Speyerer Reichstag 1529. Vor dem Hintergrund dieser Tradition sollten evangelische Christen diejenigen

ernst nehmen, die aus Gründen des Glaubens und der Integrität ihres Gewissens Entscheidungen ablehnen, die eine Mehrheit mit der ihr zustehenden verfassungsmäßigen Autorität gefällt hat. Aber auf der anderen Seite sollten diejenigen, die sich auf eine Bekennerposition zurückgezogen ha-

ben und unter Hinweis auf eine Bibelstelle, einen Bekenntnisartikel oder ein Lutherzitat Eindeutigkeit in einer politischen Sachfrage behaupten, immer daran denken, dass es eine unhintergehbare Verbindung zwischen Protestantismus und Aufklärung gibt.

Protestanten können nicht so tun, als ginge sie die moderne Welt mit ihren aktuell sich stellenden Problemen nichts an. Aber sie können auch nicht so tun, als gebe es für unsere ausdifferenzierte gesellschaftliche Wirklichkeit immer einfache Antworten und klare Handlungsanweisungen. Der Wortlaut der Bibel

Der Verweis auf festen biblischen Normenbestand verspielt die Freiheit des Protestantismus.

reicht nicht aus, um über homosexuelle Partnerschaften, kopftuchtragende Musliminnen in Klassenzimmern und die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge aus Syrien abschließend zu entscheiden.

Zwar gibt es für alle sich stellenden Anfragen und Probleme eine protestantische Antwort, und die Gesellschaft hat ein Recht auf diese Antwort; aber diese Antwort hat ihren Preis. Dieser Preis besteht nicht zuletzt aus der mit einem angemessenen Urteil verbundenen schweren gedanklichen Arbeit. Nicht nur die Verfassungsgerichte müssen gründlich nachdenken und Argumente abwägen, bevor sie sich mit einem Urteil an die Öffentlichkeit wagen – auch für Kirchenämter und andere kirchliche Agenturen, aber auch für jeden Protestanten, der gegen etwas aufbegehren will, sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Gründliche Beschäftigung mit einer Sache dient der theologischen Urteilsfindung mehr als schnelle Verlautbarungen. Vorschnelles Bekenntern und Rückzug auf angeblich sichere Fundamente schaden der protestantischen Sache mehr als sie nützen. Natürlich kann eine Gesellschaft so sehr in die Irre gehen, dass Bekenntern notwendig ist. Der Nationalsozialismus und das südafrikanische System der Apartheid sind prominente Beispiele dafür. Aber die kirchliche Haltung zur Homo-Ehe, zum Klimawandel oder zur Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen zu einer Bekenntnisfrage zu machen, also die Attitüde des Reformierten Bundes in der Nachrüstungsfrage zu imitieren, wäre ein wenig übertrieben.

Wer angesichts solcher Probleme, die in erster Linie Anfragen an die politische Gestaltung des Gemeinwesens darstellen, auf einen angeblich festen Normenbestand der Schrift verweist und vom Willen Gottes spricht, wenn er doch nur seine eigenen Moralvorstellungen oder politischen Vorlieben im Blick hat, verspielt jenes Freiheitspotenzial, das in jeder Entscheidungssituation vorhanden ist und für das Generationen von evangelischen Christen gekämpft haben.

Soll der Protestantismus auch in Zukunft seine gestaltende Kraft in den Dienst des Gemeinwesens stellen, dann sind die Christen gut beraten, leicht im Munde geführte Wahrheiten einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, religiöse Gewissheiten vor dem Tribunal der Vernunft zu verantworten und hin und wieder auch einmal mit mutigen Gesten voranzuschreiten. *Martin Schuck*

➤ Impulsreferat bei der Akademie-tagung „Wie viel Protest braucht die Kirche? – Wie viel Protest verträgt die demokratische Gesellschaft?“ am 26./27. Juni 2015 in Landau.

Lassen Sie mich mit etwas nicht Islamischem beginnen: einem Krippenspiel. Die Luthergemeinde in Worms will in der Vorweihnachtszeit ein Krippenspiel auf dem Weihnachtsmarkt aufführen. An sich nichts Besonderes. Diese Aufführung unterschied sich jedoch etwas von den traditionellen. Die Luthergemeinde spielt eine fiktive, an die Darstellung aus dem Matthäus-Evangelium angelehnte Geschichte. Jesus, Maria und Josef sind auf der Flucht und stoßen an der Grenze zu Ägypten auf einen Grenzbeamten. Dieser ist jedoch nicht besonders amüsiert über die neuen Flüchtlinge. Ihren Beweggrund der religiösen Verfolgung glaubt er ihnen nicht, und er hält ihnen vor, eigentlich Wirtschaftsflychtlinge zu sein.

Wissenschaftsrat tritt für Strukturveränderungen im Rahmen des bestehenden Staatskirchenrechts ein.

Bemerkenswert ist dieses Vorgehen aber auch, da wir doch eher gewohnt sind, Aussagen wie „störende religiöse Praxis“, „unpassend“, „Freihalten des öffentlichen Raums vom Religiösen“ im Zusammenhang mit muslimischen Gemeinschaften und dem Islam allgemein zu vernehmen. Ich muss gestehen, hätte in der Wormser Nachricht nicht „Krippenspiel“ in der Überschrift gestanden, auch ich hätte wohl gewohnheitsmäßig wieder an eine Koran-Verteilaktion gedacht.

Damit kommen wir auch zu der eigentlichen Frage, die ich hier stellen möchte: Geht es tatsächlich jedes Mal um den Islam und Muslime, wenn wir über Islam und Muslime diskutieren? Islam und Muslime tauchen im öffentlichen Diskurs um Religion dermaßen häufig auf, dass der Eindruck

Zum Politikum wird das Ganze, als die Stadt die Aufführung auf dem Weihnachtsmarkt verbietet und das Verwaltungsgericht diese Entscheidung bestätigt. Aufhören lassen die Begründungen von Verwaltung und Justiz:

Mit diesem ungewohnten Krippenspiel „störe man die besinnliche Stimmung, die auf dem Weihnachtsmarkt herrsche, und die Aktion passe nicht ins Konzept, denn sie sei nicht kindgemäß“. Außerdem brauche es auch im öffentlichen Raum Bereiche, die von gesellschaftlichen Problemen freizuhalten sind. Vonseiten des Gerichts hieß es, die Aktion verletze die Rechte Dritter auf einen ungestörten Besuch des Weihnachtsmarkts.

Bemerkenswert sind diese Argumente aus zweierlei Gründen. Obwohl die Botschaft des Wormser Krippenspiels eine christliche ist, wird sie von der Verwaltung als unpassend für den öffentlichen Raum eines Weihnachtsmarkts angesehen. Sicherlich, es handelt sich nicht um den Teil der Jesus-Geschichte, der „traditionell“ in solchen Vorführungen gespielt wird. Vielmehr ist es ein aufwühlendes, auch die aktuelle politische Debatte um Flüchtlinge berührendes Stück.

Das Vorgehen der Verwaltung zeigt jedoch eine Tendenz dahingehend, religiöse Praktiken in der Öffentlichkeit als unangenehm wahrzunehmen, wenn diese außerhalb des als kulturell angepasst wahrgenommenen Rahmens stehen. Solange das Krippenspiel sich auf die leicht verdäulichen Aspekte des Besinnlichen, Rührenden und Glücklichen der Jesus-Geschichte beschränkt, wird es als abendländisches Kulturgut gepflegt und geschützt. Wenn dieser Rahmen in der Öffentlichkeit verlassen und der religiös-evangelische Hintergrund wahrnehmbar wird, kann es als unangenehm und irritierend empfunden werden. Religion, selbst die christliche, scheint über den Rahmen der als „etabliert“ angesehenen Elemente hinaus in der Öffentlichkeit nicht mehr unbedingt passend zu sein.

entsteht, es gebe besonders große Probleme bei der Integration von Muslimen in Deutschland. Dabei haben viele dieser Debatten konkret wenig mit dem Islam zu tun. Vielmehr geht es dabei um Fragen der Rolle von Religion in der Gesellschaft, um Fragen des Umgangs mit Differenz, um die Frage, wie wir die verfassungsrechtliche Vorgabe von gesellschaftlichem Pluralismus konkret zu verstehen haben. Aber statt diese gesamtgesellschaftlichen Fragen zu diskutieren, erscheint es einfacher, auf das als defizitär Wahrgenommene des anderen auszuweichen. Häufig landen wir dann beim Islam.

An der Einführung der islamischen Theologie an deutschen Universitäten will ich diese These konkretisieren. Die Einführung selbst ist zu begrüßen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Wissenschaftsrat, der Anfang des Jahres 2010 umfangreiche Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien an deutschen Hochschulen vorlegte. Diese Empfehlungen waren sowohl die Grundlage für die Entstehung neuer Zentren für islamische Theologien als auch für deren Förderung durch das Bundesforschungsministerium. Wie gesagt, alles positive Aspekte.

Aber die Empfehlungen des Wissenschaftsrats wurden so stark mit der Frage nach islamischer Theologie verknüpft, dass so mancher Islamkritiker Anstoß daran nahm. Ob die Fürsorge für Muslime nicht zu weit gehe, warum man die Muslime dermaßen hofieren müsse, was denn mit den christlichen Theologien wäre, lauteten die Anfragen. Selbst als Beweis für die zunehmende Islamisierung Deutschlands – heutzutage wieder mal ein gern genutztes Schlagwort mancher Kreise – durfte die Debatte herhalten.

Was in der öffentlichen Debatte jedoch kaum auffiel: Dem Wissenschaftsrat ging es in erster Linie gar nicht um die islamische Theologie. In dem über 150 Seiten langen Papier nimmt die islamische Theologie gerade einmal 19



Vom Islamforum zum Forum der Religionen: Nach zehnjährigem christlich-muslimischen Dialog wird der Kreis der Partner erweitert.

(Foto: Kunz)

ZU VIEL ISLAM IN DEN ÖFFENTLICHEN DEBATTEN?

Engin Karahan über die gesellschaftliche und politische Dimension der Islamdiskurse

Am 21. April 2015 fand im Ernst-Bloch-Zentrum in Ludwigshafen ein Festakt zum zehnjährigen Bestehen des Islamforums Rheinland-Pfalz statt, der von dessen Geschäftsführer Georg Wenz, Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Pfalz, organisiert wurde. Dort fragte der Jurist Engin Karahan in seinem Vortrag mit dem Titel „Zu viel Islam?“, welche allgemeinen gesellschaftlichen Fragestellungen hinter den Diskussionen um den Islam stehen.

Seiten ein. Das Anliegen des Wissenschaftsrats war es vielmehr, bei den christlichen Theologien für eine „Strukturveränderung im Rahmen des bestehenden Staatskirchenrechts“ einzutreten. Das Augenmerk richtete sich dabei insbesondere auf die Berufungs- und Mitwirkungspraxis mancher Bistümer, die als nicht mehr zeitgemäß angesehen wurde.

Die genannten Intentionen des Wissenschaftsrats wurden von den Kirchen zwar zur Kenntnis genommen, viel mehr geschah aber auf breiter Front nicht. Die Einrichtung der islamisch-theologischen Zentren war am Ende der Rettungsanker für die monatelang ge-

führten Debatten. Nur dieser Aspekt blieb von dem groß angekündigten Modernisierungsschub für die universitäre Theologie übrig.

Damit wurde aber die islamische Theologie aus einem breiten Diskursrahmen herausgerissen. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde sie zu etwas Besonderem, zu einem Sonderfall. Eine gesamtgesellschaftliche Debatte wurde so zum Problem einer Minderheit, der wir sowieso schon oft genug als „Problemstifter“ begegnen.

Das Beispiel zeigt uns, wie sogar eine eigentlich breit aufgestellte Debatte ungewollt in eine ganz andere Richtung abdriften kann. Immer dann, wenn

Karahan, dessen juristischer Schwerpunkt das Religionsrecht ist, leitet als Inhaber und Geschäftsführer die Beratungsfirma Religion und Recht Consulting. Davor war er im Generalsekretariat von Millî Görüş im Bereich Religionsverfassungsrecht tätig und saß als einer von zwei Vertretern des Islamrats im Koordinationsrat der Muslime. Im Folgenden dokumentieren die „Protex-te“ Karahans Ausführungen.

wir uns eigentlich den Fragen nach der Rolle von Religion in der Gesellschaft stellen müssten, wenn es um den Umgang mit Differenz geht, wenn wir diskutieren sollten, was Pluralität tatsächlich bedeutet, landen wir bei einer Diskussion über den Islam. Vielleicht nicht immer, aber, so scheint es mir, immer öfter.

Wir haben es dabei mit einem Externalisieren, einem Verlagern und Projizieren wichtiger gesellschaftlicher Debatten auf eine immer noch als marginal wahrgenommene Gruppe zu tun. Ungewollt wird dabei auch der Beweis geliefert, dass das Gefühl der Fremdheit gegenüber dem Islam und den

Gesamtgesellschaftliche Debatten sind nicht einfach. Ebenso wie Gemeinsamkeiten kommen dabei nämlich auch Bruchstellen zum Vorschein. Wo man gerne von einem Konsens ausgehen würde, eröffnen sich bei näherem Hinsehen grundlegende Differenzen; wo man meint, gesellschaftliche Eintracht erzielt zu haben, treten Unterschiede zutage. Diese Schwierigkeiten sollten aber nicht dazu führen, dass diese Debatten als „Minderheitenprobleme“ ausgelagert werden.

So müssen wir in Deutschland noch immer mit der fehlenden Geschlechtergerechtigkeit kämpfen; dieses Problem löst sich aber nicht dadurch, dass es zu einem singulären Problem des Islam und der Muslime erklärt wird. Die kategorische Ablehnung des als fremd Wahrgenommenen überwinden wir nicht, wenn es nur noch Muslime sein sollen, die Homophobie und andere Feindlichkeiten überwinden müssen. Es sind nicht allein die Muslime, die sich bewusst machen müssen, was es bedeutet, in einer pluralistischen Gesellschaft auf der Grundlage des Grundgesetzes zu leben. Alles das sind unsere gemeinsamen Herausforderungen, denen wir uns auch nur gemeinsam zu stellen haben.

Wir sind unter dem Dach des Islamforums. Da bekommt eine solche These natürlich noch einmal eine ganz eigene Brisanz. Ich habe im Rahmen des interreligiösen Dialogs immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass selbst sehr idealistische, engagierte Akteure am Ende frustriert werden. Aber nicht, weil sie das Interesse an dem Austausch verloren haben. Nein, die Debatten werden unergiebig: für die nicht muslimischen Akteure, weil die Antworten von muslimischer Seite nicht befriedigen; für die muslimischen Akteure, weil sie sich immer wieder mit den gleichen Fragen konfrontiert sehen und den Eindruck bekommen, auf ein „Problem“ reduziert zu werden.

Hört denn, nur als Beispiel, die Debatte um das muslimische Kopftuch bei der Frage nach der Rolle eines religiösen Bekleidungsstücks oder bei der Geschlechterfrage im Islam auf? Oder geht es nicht noch vielmehr um die Fragen, welche Sichtbarkeit wir Religion in der Öffentlichkeit zugestehen? Oder ob wir religiöse und weltanschauliche Vielfalt als positiv oder negativ wahrnehmen? Wenn wir bei solchen Themen bei den Fragen des Islam stehenbleiben, landen wir wieder nur bei den unergiebigsten Antworten, und eine die gesamte Gesellschaft betreffende Debatte wäre „islamisiert“ und damit aus dem gesamtgesellschaftlichen Bereich herausgedrängt worden. Ein Ausweg aus solch einem Kreislauf eröffnet sich wohl erst dann, wenn nicht nur das Kopftuch diskutiert wird, sondern auch das Wormser Krippenspiel oder ein An-

sinnen auf einen humanistischen Lebenskundeunterricht in der Schule in die Diskussion mit aufgenommen wird.

Die Debatten werden damit natürlich nicht einfacher. Ich bin mir jedoch sicher, dass wir viel befriedigendere Antworten erhalten werden, wenn wir nicht verkürzend Islam sagen, wo es uns eigentlich grundsätzlich um Religion geht, und wenn wir unseren Blick nicht auf die Integration einer spezifischen Gruppe verengen, wo es uns eigentlich um gesamtgesellschaftliche Partizipation geht. Wir brauchen dazu aber auch geeignete Foren, in denen die Fragen des menschlichen Zusammenlebens in all ihrer Komplexität aufgegriffen werden können: die religiösen und weltanschaulichen Aspekte genauso wie die sozialen und die rechtlichen Fragen sowie deren

politische Hintergründe. Dafür braucht es sicherlich Mut und Geduld, vielleicht sogar Überwindung. Aber wenn ich mich in diesem Raum umschaue, kann ich zumindest sagen, dass die Interessierten und Engagierten schon einmal hier sind.

**Georg Wenz (Hg.)
Zehn Jahre Islamforum in Rheinland-Pfalz – für Dialog und interreligiöse Zusammenarbeit
akademie_skizzen_01**

Inhalt:
Irene Alt
Grußwort

Tarek Badawia
Interreligiöse Bildung – Impulse für eine Zukunft des islamischen Religionsunterrichts

Albrecht Bähr
„Mit Herz und Verstand“ – Die integrative Rolle interkultureller Beratung, Begleitung und Betreuung oder kann die Idee der Augenhöhe eine Vision für eine gerechte Gesellschaft sein?

Engin Karahan
Zu viel Islam? – Die allgemeine Dimension der Islamdiskussion

Georg Wenz
Zehn Jahre Islamforum Rheinland-Pfalz – für Dialog und Zusammenarbeit

Erhältlich bei der Evangelischen Akademie der Pfalz

Die *akademie_skizzen* sind eine neue Schriftenreihe der Evangelischen Akademie der Pfalz. Sie dokumentieren künftig in unregelmäßigen Abständen herausragende Akademie-Projekte.

FATALER FREIHANDEL

Experte für Entwicklungspolitik warnt vor TTIP

Entwicklungspolitische Organisationen haben sich lange Zeit kaum mit den Verhandlungen über die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) beschäftigt. Der Grund ist simpel: Die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer sitzen nicht am Verhandlungstisch. Lange haben wir seitens „Brot für die Welt“ die Verhandlungen beobachtet. In einer ersten Analyse und Stellungnahme hatten wir gefordert, die Verhandlungen vorübergehend auszusetzen, um die Verhandlungsgegenstände zu präzisieren und die grundlegende Ausrichtung des Abkommens zu klären.

Um TTIP verstehen und einschätzen zu können, müssen wir sie im weltpolitischen Zusammenhang sehen. Die Gründe und Ziele für die gegenwärtige Forcierung dieses schon 20 Jahre alten Projekts für ein transatlantisches Freihandelsabkommen sind nämlich woanders zu suchen. Die zurückliegenden beiden Ministertagungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Bali 2013 und Nairobi 2015 machten deutlich, dass in absehbarer Zeit nicht mit dem Abschluss der sogenannten Doha-Entwicklungsrunde zu rechnen ist; die Interessen der Entwicklungsländer und Industriestaaten liegen zu weit auseinander. Die Errichtung eines multilateralen Handelsregimes ist damit in weite Ferne gerückt, und die Industriestaaten haben daran auch kein Interesse. Hinzu kommt im globalen Machtgefüge ein Paradigmenwechsel zugunsten der aufstrebenden Schwellenländer.

Die angestrebte Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone dient der EU und den USA in Anbetracht der globalpolitischen weltwirtschaftlichen Koordinaten in erster Linie dazu, dem politischen und ökonomischen Machtverlust entgegenzuwirken. Mit anderen Worten: TTIP soll den EU und USA dazu dienen, ihre nach wie vor bestehende, dominante weltpolitische Rolle gegenüber einer immer stärker werdenden multipolaren Welt zu erhalten.

Ob es der EU und den USA mittels TTIP tatsächlich gelingen wird, beim weltweiten Wettlauf um Wettbewerbsvorteile und Marktanteile wieder Boden gegenüber China, Brasilien, Indien und den anderen aufstrebenden Schwellenländern gutzumachen, vermag ich nicht zu beurteilen. Was sich allerdings klar abzeichnet, ist die hohe Wahrscheinlichkeit, dass dabei jene Staaten ins Hintertreffen geraten, die von Wirtschaftsstrukturen geprägt sind, die im weltweiten Vergleich wenig wettbewerbsfähig sind. Sprich: die ärmsten Entwicklungsländer.

Eigentlich werden neue politische Vorhaben der Öffentlichkeit ja gleich zu Beginn medienwirksam mit einem leuchtenden Blumenstrauß an Argumenten und Vorteilen präsentiert. Sei es ein neues Gesetz, ein neuer Flughafen, sein Verkauf oder irgendein sonstiges Vorhaben.



Mitarbeiter von „Brot für die Welt“ an einer Demonstration gegen TTIP. (Foto: epd)

Bei der Ankündigung erstrahlt stets heller Sonnenschein. Erst dann, wenn sich Bürger, Medien oder Nichtregierungsorganisationen kritisch äußern und auf Schwachstellen hinweisen, rudern Politiker zurück, erklären sich oder bessern nach.

Bei der TTIP stellt sich dies anders da: Hier wurden und werden uns die vermeintlich positiven Effekte erst nach und nach im Halbjahresrhythmus präsentiert. Rückblickend betrachtet kam TTIP bei seiner Ankündigung im Frühjahr 2013 als ein eher bescheidenes Vorhaben daher: Eine Freihandelszone sollte entstehen und zunächst nur dazu dienen, das Wirtschaftswachstum der nordatlantischen Bündnispartner anzukurbeln, und zwar um ein halbes Prozent des BIP. Verschiedene erste Studien von Bertelsmann Stiftung und Ifo-Institut schienen diese Wirkungen zu untermauern.

Dennoch stand TTIP von Anfang an in der Kritik wegen der geheimnisvollen politischen Handhabung und den Unklarheiten um das Verhandlungsmandat. Je mehr gesellschaftliche Gruppen sich damit beschäftigten, umso breiter deutlich wurden die möglichen negativen Auswirkungen auf die staatliche Daseinsvorsorge, die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, die Kommerzialisierung von Bildung, Gesundheit und Kultur. Ganz abgesehen von privaten Schiedsgerichten, die in entwickelten Rechtsstaaten mit unabhängiger Justiz niemand

braucht. Dass lange Zeit die öffentliche Debatte auf Verbraucherschutz und unterschiedliche Standards fokussierte und hierfür insbesondere die Chlorhühnchen herhalten mussten, hat die sachbezogene politische Auseinandersetzung in der Breite keineswegs nur gefördert. Es waren nicht die angestrebten Zollsenkungen oder kompatiblere Industriestandards, die Widerspruch hervorriefen; die Kritik griff tiefer und problematisierte, dass Regelungen getroffen werden sollten, mittels derer Schutzmechanismen und Sozialstandards – sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen abgebaut werden sollten. Und ein Partnerschaftsabkommen, damit die Produktion und der Handel mit Waren und Dienstleistungen günstiger werden, ohne dass die Produktionsbedingungen und die Folgewirkungen der Produkte für Mensch und Umwelt einbezogen werden, wurde als Fortführung einer nicht nachhaltigen und zu überwindenden Wirtschaftsweise gewertet, die für viele soziale und ökologische Krisen dieser Welt verantwortlich ist und die so nicht regellos weitergeführt werden darf.

Als dann auch noch die Zweifel an den prognostizierten Wohlfahrtsgewinnen für die beiden Volkswirtschaften und deren Bürger aufkamen, fragten sich immer mehr Menschen, warum dieses Handelsabkommen mit einer solchen Intensität vorangetrieben wird, wenn sich die

Wachstumsraten unseres BIP lediglich im Promillebereich bewegen.

Die zwischenzeitlichen Entwicklungen bei den Koalitionsparteien, wo sich eine insbesondere durch den Wirtschaftsminister repräsentierte „Da müssen wir durch“-Haltung breitmacht, bei der Kritiker und sachbezogene Argumente abgetan und nicht mehr gehört werden, sowie die Ifo-Studie und deren Instrumentalisierung, machen deutlich: Eine Reform des TTIP-Abkommens ist leider nicht möglich. Es kann nur noch darum gehen, Mehrheiten zu organisieren, damit es nicht abgeschlossen wird.

„Handel muss in erster Linie den Menschen dienen“, sagte 2007 der damalige Generalsekretär des All Afrikanischen Kirchenrats Mvume Dandala. TTIP widerspricht diesem Prinzip, denn es droht die Armut im Süden zu verschärfen und die globale Schere zwischen Arm und Reich zu vergrößern. Exporte billiger Agrarprodukte aus der EU und den USA in die Entwicklungsländer werden zunehmen. Für lokale Produzenten im Süden ist das von Nachteil: Sie können mit den niedrigen Preisen nicht mithalten. Zugleich verschlechtern sich die Absatzchancen für ihre eigenen Produkte.

Mit TTIP wollen EU und USA den Welthandel regeln, ohne die Schwellen- und Entwicklungsländer an dem Verhandlungsprozess zu beteiligen. TTIP privilegiert große Agrarkonzerne, diskriminiert die kleinbäuerliche Landwirtschaft Afrikas und will die Nutzung der Gentechnik zur Selbstverständlichkeit machen. Nach TTIP-Logik zählt vor allem der Preis der Waren. Qualität und Produktionsbedingungen werden zweitrangig.

TTIP ist weder ökologisch noch gerecht. Das Abkommen wird weltweit den Raubbau an Rohstoffen verstärken. Entwicklungsländer werden auf Rohstofflieferanten mit allen sozialen und ökologischen Verwerfungen reduziert – ohne Chancen für den Aufbau verarbeitender Industrie und erweiterten Wertschöpfungsmöglichkeiten. TTIP schränkt politische Gestaltungsräume ein, indem notwendige Reformen für sozialen und ökologischen Wandel zu Handelshemmnissen erklärt werden. TTIP folgt einem Wachstumsmodell, das verantwortlich ist für die globale Erwärmung und den Rückgang der Artenvielfalt. Das widerspricht den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen, wie sie im September 2015 im Rahmen der Agenda 2030 beschlossen wurden. *Heinz Fuchs*

➤ Auszüge aus einem Vortrag beim Offenen Akademiegarten zum „Reizthema TTIP“ am 5. Juli 2016. Der Autor ist ehemaliger Referent für Wirtschaft und Umwelt bei „Brot für die Welt“.

WECHSELWIRKUNGEN

Fritz Lienhard über grenzüberschreitenden Protestantismus

Der elsässische Theologe Fritz Lienhard lehrt an der Universität Heidelberg. Zuvor hatte er eine Professur in Montpellier inne und ist daher nicht nur ein Grenzgänger zwischen dem deutschen und französischen Protestantismus, sondern auch Kenner der universitären Theologie beider Länder. Martin Schuck sprach mit Lienhard, der Gast auf der von der Evangelischen Akademie und der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz gemeinsam durchgeführten Veranstaltung „Die europäische Idee: Götterfunken oder Sternenstaub?“ war.

Herr Professor Lienhard, können Sie einige Worte über den französischen Protestantismus und die besondere Situation im Elsass sagen?

Der französische Protestantismus ist geprägt durch Reformation, Erfahrung der Verfolgungen im 17. und 18. Jahrhundert und Erweckungsbewegung im 19. Jahrhundert. Besonderes Kennzeichen vom französischen Protestantismus ist die Minderheitssituation. Es gibt in Frankreich 1,5 Prozent Protestanten. Wichtig ist die Trennung zwischen Staat und Kirche, an der die Protestanten besonders teilhatten. Heute stellt sich die Frage der Zukunft. Einerseits besteht die Säkularisierung, die in Frankreich zu einer besonders krassen Ignoranz hinsichtlich religiöser Fragen führt, andererseits wachsen die evangelikalen Kirchen. Protestant ist man heute immer weniger aus Erbschaft, sondern immer mehr aus Entscheidung. Besondere Pfunde der lutherischen und reformierten Kirchen sind dabei die Theologie und eine demokratische Art, die Macht zu verwalten, in den Synoden und Ältestenkreisen.

Im Elsass und im Department Mosel bestehen die 1802 von Napoleon ausgegebenen „Organischen Artikel“, nach denen Pfarrerrinnen und Pfarrer direkt vom Staat bezahlt werden. Interessant ist die gesellschaft-

liche Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit sowohl durch die Kasualien wie in den ethischen Nebenwirkungen. Nachteil ist, dass die Pfarrpersonen nicht auf Zusammenarbeit und Beteiligung der Gemeindeglieder angewiesen sind.

Welche Rolle spielten in der Vergangenheit und spielen heute noch die Kirchen bei der Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen?

Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Kirchen im Elsass eine zentrale Rolle zur Versöhnung zwischen den zwei Kulturen gespielt. Deutschfreundliche und Frankophile mussten miteinander leben. So bleibt Europa für die Elsässer die einzige Art, sich mit sich selbst zu versöhnen. Diese Funktion hat mit den Jahren ihre Dringlichkeit verloren, insofern die deutsch-französische Freundschaft zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Mit dem neuen Aufkommen der Nationalismen wird sich jedoch die Frage der politischen Rolle der Kirchen neu stellen, und hier werden die internationalen Beziehungen besonders wichtig. Die deutsch-französische Beziehungen bleiben zudem relevant, um ein gemeinsames Modell von Kirchen und Theologie zu fördern, das herauskommt aus der Alternative zwischen Radikalismus und Bedeutungslosigkeit.



Fritz Lienhard. (Foto: pv)

Sie lehrten als Theologieprofessor früher in Montpellier und seit einigen Jahren in Heidelberg. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Unterschiede in der Art und Weise, wie in Frankreich und Deutschland Theologie studiert wird?

Es gibt natürlich Unterschiede, die jedoch nicht übermäßig ausgeprägt sind. Die Fragen der Studierenden sind weitgehend die gleichen in beiden Ländern. Theologie ist jedoch in Deutschland umfassend genug, um etwas selbstgenügsam ihre Existenz zu fristen. Lediglich in den letzten Jahren ist sie auch in der systematischen Theologie interdisziplinär geworden. In Frankreich ist das Risiko umgekehrt: Hier ist die Theologie so klein, dass sie sich ständig

in Abhängigkeit begibt zu anderen Fächern, klassischerweise zur Psychoanalyse und zur hermeneutischen Philosophie. In Frankreich ist das Studium schulmäßiger als in Deutschland. Nachteil ist, dass akademische Freiheit weniger gepflegt wird, sodass Studierende weniger ihren eigenen Interessen nachgehen können. Das fördert ihre Motivation nicht. Andererseits bauen die Elemente aufeinander auf, sodass die Grundlagen biblischer und reformatorischer Theologie ziemlich bald vorausgesetzt werden können. Besonders interessant an der deutschen Art zu studieren sind die Seminare, als gemeinsame Arbeit und Möglichkeit der individuellen Vertiefung durch Seminararbeiten. Dafür haben die französischen Studierenden kein Schlussexamen, sodass sie nicht „satt“ in die Praxis gehen.

Elsässer lebten jahrhundertlang als Grenzgänger zwischen Frankreich und Deutschland. Wie fühlt sich das heute an für einen Elsässer, der an einer deutschen Universität lehrt?

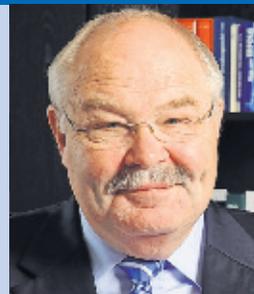
Ich habe von der deutschen Theologie viel gelernt und muss noch viel lernen. Den Kollegen zuzuhören und sie zu lesen, ist spannend. Meine eigene Berufung als Elsässer besteht darin, für Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen kulturellen Gebieten zu sorgen. Zudem ist es interessant, in zwei Sprachen zu denken. Sprachwissenschaftler haben beobachtet, dass eine Sprache von sich aus zu einer gewissen Denkweise führt. Wenn ich auf Deutsch denke, bin ich spontan Lutheraner. Wenn ich auf Französisch denke, Reformierter. In zwei Sprachen zu denken, ist mühsam, aber führt zu einem kritischen Abstand, zu einer sprachlichen und gedanklichen Übersetzungsarbeit und auf diese Weise zur Innovation.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: ➤ Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. ➤ Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. ➤ Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir senden Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder senden Sie uns eine E-Mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

AUS DEM AKADEMIEPROGRAMM

Stand November 2016

10. Januar 2017, 19 Uhr, Turm 33, Ludwigshafen

Schnittmengen – Christen und Muslime lesen Bibel und Koran.

Teil III: Jona/Yunus

Der Prophet Jona oder islamisch Yunus ist Kernbestand von Religionsunterricht, Kindergottesdienst und katechetischem Islamunterricht in den Moscheen. Die Metaphern des „Walbauchs“ und der „Tiefe“ stehen auch für ein erwachsenes Verständnis, denn sie zeigen eine Grundbeschaffenheit göttlichen prophetischen Auftrags. In Kooperation mit der Citykirche Ludwigshafen (Turm 33) und dem christlich-islamischen Gesprächskreis.

Januar 2017 (der genaue Termin wird noch bekannt gegeben), 19 Uhr,

Landauer Akademiegespräch, Kulturzentrum Altes Kaufhaus

American Melting Pot – Vorbild für Integration?

Die USA sind das klassische Einwanderungsland. Als multikulturelles Land changieren die USA zwischen Melting Pot und Salad Bowl. Eine beeindruckende Vielfalt und kulturelle Vitalität gehören genauso zur amerikanischen Realität wie extreme Ungleichheiten und Spannungen zwischen ethnischen Gruppen. Sind die USA ein Vorbild für Integration? In Kooperation mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

20. und 21. Januar 2017, Karlskirche Zweibrücken

Luther, wie er uns gefällt? 500 Jahre Reformationsgedenken.

Die Reformation als weltgeschichtliches Ereignis hat eine eigene, ausgeprägte Gedenkkultur hervorgebracht. Die Tagung beleuchtet das Reformationsgedenken der letzten 500 Jahre und legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die konfessionell disparate Pfalz. In Kooperation mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte und dem Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde.

20. bis 22. Januar 2017, Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim

Balanceakt zwischen Effizienz und Ethik:

Supply Chain Management in der globalisierten Welt.

In unserer globalisierten Welt entwickeln sich die Anforderungen an Unternehmen stets weiter. Insbesondere auf die Wertschöpfungskette müssen sich international operierende Firmen konzentrieren. Doch welche Herausforderungen müssen Unternehmen in Bezug auf ihr Supply Chain Management konkret meistern? In Kooperation mit dem Life-Science-Lab des Deutschen Krebsforschungszentrums. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

9. Februar 2017, von 9.30 bis 16.30 Uhr,

Ernst-Bloch-Zentrum, Ludwigshafen

Zwischen Agonie und Auftrieb – Neue Wirren des Nationalismus.

Der Erfolg von Donald Trump, die Zustimmungswerte des Front National in Frankreich, der AfD in Deutschland und der PiS in Polen, die Brexit-Bewegung und das Aufleben nationaler Mythen – die Phänomene Nationalismus und Populismus fordern die Demokratien in kategorialer Weise heraus. Wie reagieren Politik, Medien und die Zivilgesellschaften auf diese Angriffe? Die Tagung widmet sich in ihren Analysen und Kommentaren nationalistischen Strategien und Wirkungen. Referenten: Martin Graff, Straßburg, u.a. In Kooperation mit dem Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

11. Februar 2017, von 9.15 bis 16 Uhr, Alte Eintracht, Kaiserslautern

Islam – Belichtungen, Entwicklungen, Begegnungen.

Das Seminar richtet sich an Frauen und informiert über verschiedene Richtungen und Organisationen des Islams in Deutschland. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Salafismus und Djihadismus. Anmeldung unter „Frauen wagen Frieden“. In Kooperation mit „Frauen wagen Frieden“, dem Fachbereich Frauen der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft und dem Integrationsbeauftragten der pfälzischen Landeskirche.

22. Februar 2017, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Splendid Isolation? – Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist ein Kontinuum der bundesrepublikanischen Politik. Gleichzeitig gibt es auf der Rechten wie auf der Linken beträchtliche antiamerikanische Ressentiments. Nach der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas deutet sich nun ein neuer Umbruch an: Gehen Amerika und Deutschland künftig häufiger getrennte Wege? Referenten: Prof. Dr. Horst Teltschik, ehemaliger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, und Prof. Dr. Hanns Maull, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. In Kooperation mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

7. März 2017, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus

In God We Trust – Religion und Politik in den USA.

Institutionell sind Staat und Religionsgemeinschaften in den USA strikt getrennt. Nichtsdestotrotz sind Politik und Gesellschaft tief religiös grundiert. Das Pathos religiöser Freiheit, die Vielfalt verschiedenster Denominationen und Glaubensgemeinschaften, die Bedeutung religiöser Praxis und Frömmigkeit, zivilreligiöse Rhetorik – all das prägt das Land. Und religiöse Gruppen haben enormen Einfluss auf politische Entscheidungen. Ist das gut so? Referenten: Prof. Dr. Jan Stievermann, Universität Heidelberg, und Dr. Josef Braml, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. In Kooperation mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

10. bis 12. März 2017, Jugendherberge Heidelberg

Kleider machen Leute – Leute machen Kleider:

Die Licht- und Schattenseiten der Modeindustrie.

Mode ist zu einem wichtigen Wirtschaftszweig geworden. Unter „Fast Fashion“ versteht man eine Unternehmensstrategie, die immer schneller Mode als Massenware entwirft, produziert und vertreibt. Was für eine soziologische Rolle spielte Mode für die Menschen früher und wie hat sie sich verändert? Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

Einsendeschluss: 6. Februar 2017, Preisverleihung: 16. Mai 2017

Jugendpreis für engagierte Querdenker 2017

Die Evangelische Akademie fördert junge Menschen zwischen 15 und 26 Jahren, die sich gesellschaftlich, kulturell, politisch oder kirchlich engagieren und die Horizonte ihres Engagements kritisch durchdenken. Die Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz e.V. stiftet ein Preisgeld. Weitere Informationen unter: www.die-junge-akademie.de.

E-Mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post senden: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
E-Mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich